Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1921 Nr. 486 — Jahrgang 214

Bezugspreis: monatlich Mk. 7.— ohne Zustellgebühr. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Austrägerinnen entgegen.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Sonnabend, 22. Oktober

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 70 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 8,00 ₰. Rabatt nach Tarif, Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Kommunistische Lärmszenen im Landtage

Stegerwald über das Genfer Schandurteil

w. Berlin, 21. Oktober.

In der heutigen Sitzung des Landtages hielt Ministerpräsident Stegerwald folgende Rede::

Neues schweres Unheil von noch unabsehbarer Tragweit ist über Preußen und Deutschland hereingebrochen. Nachdem der Friedensvertrag uns die Provinz Posen, die halbe Provinz Westpreußen, das Memelgebiet, Nordschleswig und Eupen-Malmedy geraubt hat, sind nun auch die feindlichen Würfel über Oberschlesien gefallen. Das Land — seit den Anfängen der osteuropäischen Kultur ununterbrochen in deutschem Besitz — so, wie es vor uns liegt, das ausschließliche Werk preußisch-deutscher Tatkraft, deutscher Intelligenz und Ordnung, soll in zwei Teile zerrissen werden, von denen der wertvollere Teil Polen überantwortet wird. Kerndeutsche Städte, Bilder westeuropäischer Kultur, wirtschaftliche Mittelpunkte des ganzen oberschlesischen Industriegebiets, Knotenpunkte seines Eisenbahnnetzes, sollen der Polonisierung verfallen. Die gesamte Zinkproduktion, der größte Teil der Eisen- und Stahlwerke, weit mehr als die Hälfte unserer dortigen Kohlengruben werden uns entrissen, uns, die wir andere Länder mit jährlichen Kohlentributen versorgen müssen.

Jeder Mann und jede Frau, die noch deutsches Empfinden bewahrt haben, stöhnt auf unter dieser neuen Vergewaltigung. Von unparteiischen Sachkennern aller Nationen, die Oberschlesien besucht und studiert haben, wurde seine Unteilbarkeit als unbedingte Voraussetzung seines wirtschaftlichen Gedeihens festgestellt. Trotzdem spaltet man es in zwei lebensunfähige Teile. Nunmehr ist dort so gut wie alles unsicher und schwankend geworden; die Arbeitsbasis ist zerstört, alle Geschäftsfreudigkeit, die Voraussetzungen jedes Aufschwunges, sind gelähmt. Auch in dem künftig polnischen Oberschlesien sind Kapital, Leitung und der überwiegende Teil der gelernten Arbeiterschaft deutsch.

Oberschlesien muß also zusammenbrechen, wenn diese führenden geistigen Kräfte ihre bisherige Wirkungsstätte verlassen. Den Aussichten aber auf einen endlichen wirklichen Frieden und die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas ist damit der schwerste Schlag versetzt. Die Zahlungsfähigkeit Deutschlands ist nach Lloyd Georges eigener Erklärung aufs äußerste geschwächt. Denn der Verlust dieser reichen Gebiete bedeutet eine Verminderung der wirtschaftlichen Gesamtkraft Deutschlands und einen bedenklichen Ausfall an Steuern; er bereitet jede planmäßige Regelung von Ein- und Ausfuhr und bedeutet eine noch gar nicht zu ermessende Verminderung der Zolleinnahmen.

Ohnmächtig an äußerer Gewalt, gilt es für uns, mit kühlem Kopf die Tatsachen zu prüfen. Die Gegner selbst schlagen mit ihren immer drückender werdenden Auflagen alle Aussichten nieder, die von Deutschland erhofften Leistungen zu gewinnen. Wir dürfen nicht müde werden, diese Erkenntnis in der Welt zu verbreiten. Einigkeit im Innern ist jetzt die erste und heiligste Pflicht. Unsere oberschlesischen Brüder, die in den letzten zwei Jahren so Fürchterliches haben durchmachen müssen, sind uns in dieser Beziehung ein leuchtendes Vorbild. Dort in Oberschlesien ist alle parteipolitische Gegnerschaft unter den deutschen Volksgenossen in den Hintergrund getreten vor der gemeinsamen Not.

Darum sei ihrer, unserer oberschlesischen Brüder und Schwestern, in diesem Augenblick in Ergriffenheit, Verehrung und herzlicher Liebe gedacht. Was sie bisher geleistet und gelitten haben, ist echtes Heldentum. Dieses Heldentum aus den Tagen, die hinter uns liegen, ist uns ein Unterpfand dafür, daß sie auch das Schwerere, das noch vor ihnen und vor uns liegt, tragen und durchhalten werden.

Ihr deutschen Oberschlesier seid und bleibt untrennbar untereinander und untrennbar von der großen deutschen Volksgemeinschaft. Unzerreißbare Bande verknüpfen uns auch in Zukunft miteinander. Wir werden euch mit allem, was wir sind und haben weiter Treue halten!

(Siehe auch 2. Seite.)

Die Ueberwachungskommissionen

Nunmehr liegt auch der amtliche Text der Oberschlesienentscheidung vor. Er deckt sich mit dem, den wir bereits gestern morgen mitteilten. Interessant ist noch der letzte Absatz, in dem von den Kommissionen zur Ueberwachung der Maßnahmen die Rede ist. Es heißt da:

Für die Ueberwachung der Ausführung dieser Maßnahmen werden eingesetzt:

I. **Eine gemischte Kommission für Oberschlesien**, bestehend aus 2 Deutschen und 2 Polen, die aus Oberschlesien gebürtig sind, und aus einem Präsidenten fremder Nationalität, der von dem Völkerbundrat bestimmt wird.

II. **Ein Schiedsgericht zwecks Schlichtung aller privaten Streitigkeiten**, die aus der Anwendung des oben erwähnten Abkommens sich ergeben können. Dieser Gerichtshof wird sich aus einem von der deutschen Regierung und einem von der polnischen Regierung ernannten Schiedsrichter zusammensetzen. Der Völkerbundrat wird gebeten werden, den Präsidenten dieses Gerichtshofes zu bestimmen. Alle Meinungsverschiedenheiten über die Ausführung und die Auslegung des Abkommens müssen nach den Bestimmungen dieser Uebereinkunft getroffen werden.

III. Die in dem vorstehenden Artikel II vorgesehene Regelung wird durch **einen deutschen und einen polnischen Bevollmächtigten unter dem Vorsitz einer vom Völkerbundrat bestimmten Persönlichkeit verhandelt** werden, die bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien die Entscheidung fällt.

Die deutsche und die polnische Regierung werden aufgefordert, den alliierten Hauptmächten innerhalb 8 Tagen nach der gegenwärtigen Entscheidung den Namen des Bevollmächtigten mitzuteilen, den jede von ihnen bezeichnet hat, um unter den oben benannten Bedingungen das Abkommen über die wirtschaftlichen Fragen und über den Schutz der Minderheiten zu verhandeln, das auf der Grundlage des Artikels II beschlossen werden soll. Sowie die Bevollmächtigten namhaft gemacht sind, wird der Präsident sie an einen ihm geeignet scheinenden Ort laden.

IV. **Sobald die alliierten Hauptmächte der Ansicht sind, daß die Kommission bis zum Artikel I beschriebene Grenze an Ort und Stelle hinreichend festgesetzt hat, und daß die im Artikel III vorgesehenen Verhandlungen zur Annahme einer Regelung nach Artikel II geführt haben, wird die Abstimmungskommission der deutschen und der polnischen Regierung die in den Absätzen 1 und 2 des § 6 der Anlage 88 vorgesehene amtliche Mitteilung zugehen lassen.**

V. **Die deutsche und polnische Regierung werden aufgefordert, innerhalb der nächsten acht Tage ihre Delegierten für die unter Artikel II vorgesehene gemischte Kommission zu bestimmen. Die gemischte Kommission wird sogleich zusammentreten, um der interalliierten Kommission bei den Maßnahmen ihren Beistand zu leisten, die die Ueberleitung des augenblicklichen Zustandes mit sich bringt.**

VI. Die vorliegende Entscheidung wird der Abstimmungskommission wie auch der deutschen und polnischen Regierung offiziell mitgeteilt werden.

Das Wiesbadener Abkommen

w. Berlin, 21. Oktober.

Im Reichsministerium für Wiederaufbau hielt der Beirat für Wiedergutmachungsfragen heute eine Sitzung ab. An Stelle des dienstlich verhinderten Reichsministers Dr. Rathenau gab Staatssekretär Dr.-Ing. Müller einen allgemeinen Ueberblick über das Wiesbadener Protokoll, die Gründe, die zu dem Abkommen geführt haben, über das Zustandekommen des Abkommens und dessen wesentliche Bestimmungen, worauf Ministerialrat Cuntze über die einzelnen Punkte des Haupt- und der Nebenabkommen berichtete. Einige Unklarheiten, die von Mitgliedern des Beirates zur Sprache gebracht wurden, konnten in der Diskussion durch Aufklärung seitens der Regierungsvertreter behoben werden. Der Beirat erkannte in seiner überwiegenden Mehrheit an, daß das Abkommen einen Fortschritt auf dem Gebiete der Reparation bedeute und bei Berücksichtigung aller Verhältnisse dem deutschen Interesse zuträglich sei.

Die Vorbereitungen der Großmächte zur Washingtoner Konferenz

In den ersten Novemberwochen soll in Washington die durch die Vereinigten Staaten im Sommer angeregte Konferenz der fünf Großmächte England, Frankreich, Japan, Italien und Amerika zusammentreten. Die diplomatischen Vorarbeiten dazu werden überall mit einem fieberhaften Eifer betrieben, und, was darüber in der Presse verlautbart, läßt doch immerhin schon einiges auf die Absichten und Pläne schließen, mit denen die verschiedenen Vertreter nach Washington entsandt werden sollen.

Es ist selbstverständlich, daß die Washingtoner Konferenz in allererster Linie den Interessen der Vereinigten Staaten von Amerika dienen soll. Mag mit noch so hochtönenden Phrasen von amerikanischer Seite immer wieder betont werden, daß die Beratungen in Washington den Weltfrieden und das Glück aller Nationen fördern sollen, so will Amerika dadurch doch nichts anderes erreichen, als eine Stärkung und Sicherung seiner Machtstellung mit Hilfe diplomatischer Mittel. Das Schicksal der anderen Nationen ist ihm dabei ganz gleichgültig. Daß dem so ist, geht ja allein aus der Entstehungsgeschichte der Washingtoner Konferenz hervor, denn, wie noch erinnerlich, war der Konferenzgedanke ja der amerikanische Knüppel, der die englisch-japanischen Bündnisverhandlungen im Juli zum Scheitern brachte. Es wird weiter deutlich durch das Programm, das amerikanischerseits für die Washingtoner Beratungen aufgesetzt worden ist. Denn mit dem ersten Punkte, der sich mit dem Abrüstungsproblem befassen soll, will Amerika nur einen Druck auf Japan ausüben, um diesen unbequemen Gegner zu einer langsameren Rüstung zur See zu veranlassen. Der zweite und dritte Punkt, die die Fragen des Stillen Meeres und Ostasiens regeln sollen, wollen auch weiter nichts, als daß Amerika hier freiere Bahn erhält, und schon haben die amerikanischen Interessen weit mehr nach dem Stillen Meer und Ostasien tangiert als nach dem Atlantischen Ozean und nach Europa, und der Washingtoner Regierung scheint jetzt der Augenblick gekommen, die durch den Weltkrieg so außerordentlich geförderte Machtstellung der Vereinigten Staaten nach dieser Seite hin in entscheidender Weise geltend zu machen.

Daß hierbei die Hauptleidtragenden Japan und England sein werden, ist ohne weiteres ersichtlich. Doch hat Japan in geschickter Weise seine Vorbereitungen bereits derart getroffen, daß es nicht zu fürchten braucht, als ein Besiegter vom Schauplatz abtreten zu müssen. Es hat die Zwangslage, in die es durch das Scheitern der Bündnisverhandlungen mit England gebracht war, dadurch für sich wesentlich erleichtert, daß es mit einem kühnen Ruck das Steuer seines Staatsschiffes herumgeworfen, und dieses aus dem englischen in das amerikanische Fahrwasser gebracht hat. Wer die japanische Politik seit Kriegsende verfolgt hat, wird haben feststellen können, daß diese zwei Eisen im Feuer hielt: das Bündnis mit England und die Versöhnung mit Amerika. Als das erste Eisen sich im Sommer als vorläufig unbrauchbar erwies, griff die Tokioer Diplomatie zum zweiten. Denn es erfolgte die Regelung der Japfrage in einem für Amerika annehmbaren Sinne, die Frage der Auswanderung wurde zurückgestellt und soll auf amerikanischen Wunsch auch in Washington nicht erörtert werden; die Schantungfrage wurde durch Verhandlungen mit China aus der Welt geschafft, und so das im amerikanischen Interesse liegende Prinzip der „offenen Tür" für Ostasien wenigstens äußerlich auch von Japan anerkannt. Eine japanisch-amerikanische Gegnerschaft besteht also gegenwärtig nicht, es ist ein Keil zwischen die japanfeindlichen englischen Dominien und den Vereinigten Staaten geschoben worden. Japan kann also in Washington mehr als ein Verbündeter Amerikas wie dessen Gegner erscheinen, zumal es sich nach bisher bekannt gewordenen Telegrammen sogar erbieten wird, seine Flotte im Verhältnis zur amerikanischen wie 2 : 3 zu halten. Konnten noch im Sommer die englischen Dominien hoffen, mit den Vereinigten Staaten gegen Japan eine Front zu bilden und der gelben Großmacht des Stillen Ozeans so in Washington eine schwere Niederlage beizubringen, so stehen die Dinge jetzt ganz anders. Vorläufig kann Amerika seinen Vorteil nur im friedlichen Zusammengehen mit Japan sehen. Japan hat zwar erhebliche Kosten zu tragen, aber es hat seine Ehre und seine Machtstellung zunächst gesichert. Die Gefahr des Erdrücktwerdens durch ein zusammengehendes Angelsachsentum ist wenigstens vorläufig gebannt, und mit Ruhe kann es den Washingtoner Verhandlungen entgegensehen und sich dabei in ähnlicher Weise wie die Vereinigten Staaten die Geste des Friedfertigen und Uneigennützigen geben.

Anders steht es mit England. Für die englische Politik bedeutet die Washingtoner Konferenz die Fortsetzung der im Sommer mit Erfolg von amerikanischer Seite angefangenen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192110221-13/fragment/page=0001

Intrigen gegen das Bündnis mit Japan. Dieses Bündnis soll verhindert werden, weil es den amerikanischen Interessen widerspricht, und wie die Dinge liegen, scheinen die Aussichten für England auch wenig günstig. Noch viel weniger Interesse kann England aber an der Frage der Abrüstung haben. Es denkt gar nicht daran, seinen Flottenbau einzuschränken und kann es auch nicht, wenn es Amerika und Frankreich im Schach halten will. Die Aufrollung der Stillen-Meer-Fragen entsprechen ebenfowenig englischen Wünschen, da dann auch alle Mandatsfragen wieder zur Sprache kommen müssen, und England keineswegs gewillt ist, zugunsten Amerikas etwa auf die deutschen Südseeinseln und auf Mesopotamien zu verzichten. England hat denn auch immer wieder versucht, die Konferenz verschieben oder eine Vorkonferenz stattfinden zu lassen, auf der auch die englischen Dominien vertreten sein sollen, aber es hat bisher dafür wenig Gegenliebe beim amerikanischen Vetter gefunden. Auch die Versuche sind fehlgeschlagen, die Washingtoner Konferenz auf ein ganz anderes Gleis zu schieben, indem dort die schwierigen Welkfinanzprobleme erörtert werden sollten. Für Amerika handelt es sich eben nicht darum, wie die zerrütteten weltwirtschaftlichen Verhältnisse wieder geordnet werden, sondern, wie wir schon sahen, um seine Machtstellung im Stillen Ozean und in Ostasien. Was interessiert es Amerika, ob England und das übrige Europa dank dem Wahnwitz des Versailler Diktats sich ruinieren? England wird denn auch nach Washington eine Abordnung schicken, die in bezug auf ihre Zahl wie auf die Männer, die ihr angehören werden, in vollem Widerspruche steht zu den großen Worten, mit denen erst kürzlich Lloyd George von dieser Konferenz gesprochen hat. Für England ist eben in Washington nicht viel zu holen, nur sieht man sich gezwungen, gute Miene zum bösen Spiel zu machen.

Noch weniger kann sich Frankreich etwas von Washington versprechen. Die Fragen des Stillen Meeres interessieren es nicht und von einer Abrüstung will es erst recht nichts wissen. Die Pariser Politiker sehen es auch nur als eine Gefälligkeit Amerika gegenüber an, wenn sie sich für Washington äußerlich so eingesetzt haben, um eben dadurch dem Freunde jenseits des Meeres sich zu empfehlen. Mit den Vereinigten Staaten darf es Frankreich um England willen nicht verderben, und so spielt es mit, wozu es eingeladen ist, aber mit der festen Absicht, sich in seiner Kontinentalpolitik von Washington aus nicht dreinreden zu lassen und nach wie vor die stärkste Militärmacht zu bleiben.

Mit Italien liegen die Verhältnisse nicht anders. Man wird sich in Rom nicht im Unklaren darüber sein, daß man nur eingeladen ist, um die eigentlichen amerikanischen Pläne mit verschleiern zu helfen. Auf der anderen Seite kann Italien sich schmeicheln, als ein Faktor angesehen zu werden, der auf die Schicksale der Völker und Nationen von mitbestimmendem Einfluß sein soll, wenn auch in der Praxis davon nicht viel zu merken sein wird; der Anschein ist auch etwas wert.

So wird denn in Washington wieder viel davon geredet werden, wie herrlich weit wir es in bezug auf Völkerversöhnung, Weltfrieden, Abrüstung usw. gebracht haben, seitdem der „deutsche Störenfried" vernichtet ist, aber nur ein Tor wird es wirklich glauben können. Politik bleibt immer Machtmittel, und auch die Washingtoner Konferenz wird hier keine neue Aera heraufführen, sondern sie darf nur als ein künstliches Verschleiern der machtpolitischen Gegensätze aufgefaßt werden, die doch einmal nicht anders als mit Hilfe der Waffen ausgefochten werden müssen. Dr. P. O.

Proteste gegen Genf

w. Köln, 21. Oktober.

In einer gestern in Königswinter gefaßten Entschließung der Sozialdemokratischen Partei, der Deutschdemokratischen Partei, der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei des Rheinlandes erheben diese in zwölfter Stunde angesichts des Fehlspruches von Genf, ihre warnende Stimme. In Oberschlesien solle deutsches Land, das seit 700 Jahren zum Deutschen Reiche gehöre, entgegen dem Abstimmungsergebnis dem Reiche entrissen werden. Als politische Vertreter der Bevölkerung des besetzten Gebietes können wir wohl am besten nachfühlen, heißt es weiter, wie schwere Zeiten Oberschlesien in den letzten Jahren durchgemacht habe. Die Volksabstimmung hat trotz allem Terror, der von den Polen ausgeübt wurde, ein starkes Bekenntnis der Bevölkerung zum Deutschtum gezeitigt, das später noch durch viele Erklärungen, sogar polnischer Agitatoren und Agenten, bestätigt wurde. Setzt sich der Völkerbund über das historische Recht und die Volksabstimmung hinweg, teilt er unteilbares, so muß er vor der Geschichte, die das Gericht sein wird, die Verantwortlichkeit für das kommende Unheil tragen. Warnend erinnern wir an Lloyd Georges Wort, man solle kein zweites Elsaß-Lothringen schaffen. Unseren Brüdern in Oberschlesien versichern wir, daß wir in alter Treue unverbrüchlich zu ihnen stehen werden, komme was kommen mag.

w. Breslau, 21. Oktober.

Anläßlich der Entscheidung über Oberschlesien hat der Oberbürgermeister angeordnet, daß sämtliche städtischen Gebäude einschließlich der Schulen auf Halbmast oder mit Trauerflor zu flaggen haben.

w. Kubleuz, 21. Oktober.

Anläßlich der Nachrichten, nach denen im besetzten Gebiet Kundgebungen wegen der Teilung Oberschlesiens veranstaltet werden sollen, hat die Rheinlandkommission beschlossen, ihren Oberdelegierten in den Regierungsbezirken oder den Provinzen, die im Art. 18 in Verordnung 3 in der Fassung der Verordnung 12 vorgesehenen besonderen Vollmachten zu übertragen, d. h. das Recht, im Hinblick auf die erwähnten Kundgebungen solcher Versammlungen, Ansammlungen und Zusammenkünfte zu verbieten, die die Sicherheit der Besatzungstruppen zu gefährden geeignet sind. Der Aufenthalt auf den Straßen während der Nachtzeit ist zu untersagen.

Die Kommunisten gegen Stegerwald

Preußischer Landtag

w. Berlin, 21. Oktober.

Die Sitzung war auf 11 Uhr vormittags angesetzt, doch verzögerte sich der Beginn bis 12 Uhr.

Präsident Leinert erteilt dem Ministerpräsidenten Stegerwald das Wort. Als Stegerwald seine Ausführungen über Oberschlesien beginnt, setzt von den Plätzen der Kommunisten aus großer Lärm ein. Die kommunistischen Abgeordneten rufen: Wir wollen diesen Komödianten nicht hören; erst soll der Reichstag sprechen.

Präsident Leinert ersucht unter andauerndem Läuten um Ruhe, die Kommunisten aber rufen fortgesetzt: Nein, er soll verschwinden, der Schauspieler. Der Reichstag muß zuerst über Oberschlesien sprechen. Als der Ministerpräsident dennoch seine Ausführungen beginnt, werden sie durch lärmende Schlußrufe der Kommunisten unverständlich gemacht.

Abg. Kaby (Komm.) erhebt Beschwerde darüber, daß Präsident Leinert ihm die Teilnahme an der Sitzung des Aeltestenausschusses verwehrt habe, obwohl er als Vertreter des Abgeordneten Meyer kam.

Abg. Braun (Soz.) bedauert, daß in dieser ernsten Stunde sich derartige Szenen abspielen könnten. Sie hätten vermieden werden können, wenn die Regierung dem Ratschlag der Sozialdemokraten gefolgt wäre und darauf verzichtet hätte, dem Reichstag und der Reichsregierung durch eine Erklärung vorzugreifen. Unter diesen Umständen können wir einer Vertagung nicht zustimmen.

Präsident Leinert schildert die Vorgänge im Aeltestenrat, soweit sie die Person des kommunistischen Abgeordneten betreffen.

Abg. Leid (Unabh.) protestiert dagegen, daß Preußen dem Reiche vorgegriffen habe, und sieht in dem Auftreten des Ministerpräsidenten Stegerwald einen Ausfluß der deutschnationalen Hetze. Nur so sei es zu verstehen, daß seine Auslassungen zu einer Kritik der Reichsregierung geworden seien.

Abg. Meyer-Ostpreußen (Komm.) protestiert gegen die Vertagung, die eine Vergewaltigung der Minderheit bedeute.

Als die bürgerlichen Abgeordneten den Antrag Herold auf Vertagung annehmen, begleitet dies die Linke mit lebhaften Pfuirufen.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 8. November, 11 Uhr vormittags.

Tagesordnung: Entgegennahme einer Erklärung des Ministerpräsidenten.

Ein Beschluß der Deutschen Volkspartei

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei faßte nachmittags folgenden Beschluß:

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat von den bekannt gewordenen Erklärungen der Entente über die oberschlesische Entscheidung Kenntnis genommen. Die Fraktion sieht in dieser Entscheidung eine Mißachtung der Volksabstimmung und eine Verletzung des Versailler Vertrages und lehnt die Entscheidung einstimmig ab.

Vor der Entscheidung in Berlin

Abermalige Verschiebung der Reichstagssitzung.

w. Berlin, 21. Oktober. (Amtlich.)

Heute morgen um 9 Uhr fand eine Kabinettssitzung statt, in der der Außenminister Dr. Rosen über die Note betreffend Oberschlesien referierte.

Im Laufe des Tages werden sich die beteiligten Ressorts mit dem Inhalt der Note eingehend beschäftigen und dem Kabinett, das voraussichtlich heute abend zu einer neuen Sitzung zusammentreten wird, das Ergebnis ihrer gutachtlichen Aeußerungen vorlegen.

*

Die Lage des Kabinetts ist nach wie vor ungeklärt. Die Deutsche Volkspartei, die bis gestern abend spät beisammen war, konnte auch jetzt zu keinem Entschluß gelangen. Tatsache ist, daß das Zentrum unter Umständen die Reichskanzlerschaft fallen lassen und sich damit begnügen würde, daß Wirth ein Ressortministerium erhält. Dann aber müßte eine andere Fraktion den Reichskanzler stellen, und das könnte nur die Sozialdemokratie sein. Darauf kann die Deutsche Volkspartei natürlich nicht eingehen, und somit ist der Eintritt der Volkspartei in die Koalition wieder in Frage gestellt.

Ueber die nächste Sitzung des Reichstages steht auch nichts fest. Der Aeltestenrat beriet heute früh, aber da ihm der amtliche Wortlaut der Ententenote noch nicht vorliegt, konnte er den Zusammentritt des Plenums für heute nicht beschließen. Es ist auch noch zweifelhaft, ob man morgen tagen wird; in Aussicht genommen ist jetzt der Sonntag oder Montag.

Die Beratungen im Reichstag werden sich voraussichtlich so abspielen: Der Reichskanzler gibt zunächst die Erklärung der Regierung ab, darauf tritt eine Pause ein, damit die Fraktionen Zeit haben, sich über ihre Stellungnahme schlüssig zu werden.

Wie der „Vorwärts" wissen will, steht man in Berliner parlamentarischen Kreisen unter dem starken Eindruck, daß die Entscheidung über Oberschlesien noch ungünstiger ist, als nach den ersten Veröffentlichungen zu erkennen war. Die Stimmung gegen das Kabinett Wirth habe sich daher bei den bürgerlichen Fraktionen verstärkt; man verlange neue Verhandlungen mit der Entente. Von welcher Seite das Kabinett abgelöst werden soll, sei einstweilen ganz unklar.

Die deutsche Flugzeugindustrie zum Tode verurteilt

Berlin, 21. Oktober.

Aus London kommt folgende unglaubliche Meldung, nach welcher gemäß des Ententediktats die deutsche Flugzeugindustrie zum Tode verurteilt wäre. Der englische Unterstaatssekretär für das Flugzeugwesen hat nämlich gestern im Unterhause mitgeteilt, die deutsche Regierung habe sich bereit erklärt, der Entente sämtliche Flugzeuge auszuliefern, die auf deutscher Seite seit Inkrafttreten des Versailler Vertrages durch die Privatindustrie hergestellt worden sind. Es soll sich um 250 Flugapparate handeln.

Die Lage im Berliner Zeitungskonflikt ist weiter unverändert. In einer Betriebsversammlung des Personals von Rudolf Mosse wurde folgende Entschließung angenommen: Die Betriebsversammlung kann das Angebot des Arbeitsministers, die Arbeit unter Vorbehalt aufzunehmen, nicht annehmen. Sie beschließt, gestützt auf das Vertrauen der gesamten Kollegenschaft des Buchdruckerverbes, im Kampf auszuharren, bis ihren Forderungen Genüge geschehen ist.

Verbot des „Ostdeutschen Herold". Der „Ostdeutsche Herold" ist am Donnerstag von der Interalliierten Kommission auf unbestimmte Zeit verboten worden.

Das ungebührliche Verhalten eines Landrats von neuem. Auf eine Anfrage des deutschnationalen Abg. Graef im Preußischen Landtag hat der Minister des Innern Dominicus jetzt folgende Antwort gegeben: „Auf Grund der von mir angestellten Ermittlungen sehe ich als erwiesen an, daß der Landrat Hunger am 8. April d. J. veranlaßt oder mindestens geduldet hat, daß kein Kraftwagen gegen den Widerspruch des Schiffsführers des Fährschiffes Ossiwine-Swinemünde auf das Schiff gebracht wurde, und daß er gegenüber der Mannschaft eine drohende Haltung eingenommen hat. Mit Rücksicht jedoch darauf, daß die Schiffsmannschaft sich mit der von dem Landrat abgegebenen Versicherung, es sei weder seine Absicht, noch sein Wille gewesen, die Führmannschaft wirklich zu bedrohen, zufrieden gegeben hat, habe ich mich darauf beschränkt, gegen Landrat Hunger eine Ordnungsstrafe festzusetzen."

„Der Medderkoog"

2) Schleswig-Holsteinscher Roman

von

Henriette von Meerheimb (Margarete Gräfin von Bünau)

„Und unser Kronprinz Friedrich? Den vergißt du wohl?"

„Unser — unser! Du Dänin, du!", fuhr Graf Reventlow auf. „Der gäbe freilich einen famosen Herzog für Schleswig-Holstein ab — was? Für den danken wir ergebenst. Zweimal verheiratet, zweimal geschieden — so gehts bei dem hohen Herrn her. Kinder hat er nicht, ersichtlich also mit ihm der Mannesstamm, so kann das Weiberregiment flott losgehen."

„Wäre das so schlimm?" versuchte Sophie zu begütigen. „Unter der Königin Margarete von Dänemark stand das Land in höchster Blüte. Dank ihr kam damals die Vereinigung mit Norwegen zustande."

„Ausnahmen sind keine Regeln", brummte Reventlow unwirsch. „Ich hab' in meinem Hause genug vom Weiberregiment. Auf den Thron von Schleswig-Holstein wünsche ich es mir nicht auch noch."

In Sophies Gesicht stieg ein feines Rot. Der Graf sah es sofort. Seine scharfen Worte taten ihm leid.

„Nichts für ungut, Fiekchen", sagte er liebenswürdig und streichelte die Hand der Schwägerin. „Du bist ja ein liebes Ding, aber leider immer nur das Echo meiner dänischen Frau."

„Sophie und ich sind nie voneinander getrennt worden. Seit frühester Kindheit waren wir immer enger verbunden als andere Schwestern. Wir denken daher über alles gleich", sagte Luise ruhig. „Nicht wahr, Sophiechen?"

Diese antwortete nicht. Ein schwer zu enträtselnder Blick lag in ihren Augen. Erst als Luise befremdet ihre Frage wiederholte, nickte sie der Schwester leistimmend zu.

„Ja — ja, das wissen wir längst, daß ihr zwei Köpfe mit einer Meinung seid", brummte Reventlow. „Das braucht ihr mir nicht erst zu versichern. Da kann einer allein schlecht gegen an, wenn er auch sonst gerade kein Waschlappen ist."

„Ich dächte, du führtest in und außer dem Hause ein Kraftes Regiment. Wenigstens kann ich bestätigen, daß wohl manches, ginge es hier mehr nach meinen Ansichten, in Johannisburg anders aussehen würde."

Die Blicke der Gräfin streiften dabei mißbilligend durch den behaglich, aber sehr einfach ausgestatteten Gartensaal. Die Möbel sahen alle mehr dauerhaft als elegant aus. Die Platte des großen runden Tisches, auf die Reventlows Faust soeben so dröhnend niedergefallen, war aus einem mächtigen, in den heimatlichen Wäldern gewachsenen Eichenstamm geschnitten, dessen raube Borke den Rand bildete. Die altväterischen Lehnstühle waren mit buntgeblümtem Kattun bezogen. Nur den goldenen Korbsessel der Gräfin bedeckten beifseidene, weiche Kissen.

„Ja — ginge es nach dir, so hätten wir alle Jahre eine neue Einrichtung", brummte Reventlow. „Genau irgendeinem Salon des Kopenhagener Stadtschlosses nachgebildet. — Das könnte mir passen! In meinem Haus solls einfach hergehen, wie sichs für einen schleswig-holsteinischen Edelmann gehört."

„Leider gehts bei uns mehr wie bei einem schleswig-holsteinischen Bauern zu", entgegnete die Gräfin spitz. „Ich schäme mich jedesmal, wenn Christian seine Kameraden aus Kopenhagen mitbringt."

„Ich gar nicht. Wem es nicht gut genug ist, der mag ruhig wegbleiben. Willst du mir das Kunststück vormachen, bei den Stevern und Abgaben, die das ewige Defizit der dänischen Kassen notwendig macht, auch noch ein luxuriöses Leben zu führen? Deine Ansprüche —"

„Meine Ansprüche! Seit Jahren komme ich nicht mehr nach Kopenhagen an den Hof, an den mich so viele Beziehungen knüpfen."

„Was haben wir da zu suchen? Besonders jetzt nach all den feindlichen Maßnahmen der dänischen Regierung?"

„Die Maßnahmen des Königs sind keine Feindseligkeit, sondern ein Beweis seiner besonderen Liebe für Schleswig-Holstein."

„Jawohl, er liebt es sehr, dieses grüne Herzogtum, so innig wie der Wolf das Schaf, das er fressen will. Wenn deine Auslegung nicht so blödsinnig wäre, so könnte man sie fast als guten Witz gelten lassen."

„Warum müssen nur deine Antworten immer so grob sein, sieber Reventlow? Blödsinnig pflege ich mich nicht auszudrücken."

„Wenn du auf diesen Punkt kommst, sogar recht häufig."

Sie zuckte die Achseln. „Ich bin dänisch gesinnt, wie du deutsch. Das ist nicht zu ändern. Ich bin und bleibe eben eine Dänin."

„Du bist die Frau eines Schleswig-Holsteiners und hast die Meinung deines Mannes zu respektieren."

Sie hob den Kopf. Ein eisiger Hochmut lag in ihren schönen blauen Augen. „So mögen eure deutschen Landgänschen erzogen werden. Wir Däninnen sind in freierer Luft aufgewachsen, haben unsere eigenen Ansichnungen und Ueberzeugungen, von denen wir nicht lassen."

„Das weiß der liebe Gott!"

„Diese Ansichten haben dich auch früher nie gestört", fuhr sie wärmer fort. „Dein Vater stand in dänischen Diensten, unser Sohn ist dänischer Offizier."

„Verwünscht sei die Stunde, in der ich das zuließ!"

„Sollte er vielleicht bei dem dürftigen schleswig-holsteinischen Jägerbataillon eintreten?"

„Das wäre das beste gewesen."

Sie lachte spöttisch. „Mein Sohn konnte nur bei der dänischen Garde stehen. Er wird vorwärts kommen und wird —"

„Nichts wird er, wie sich die Verhältnisse jetzt gestaltet haben."

„Wenn du dich nur mäßigen, der Regierung entgegenkommen wolltest, Friedrich! Du hast so vielen Einfluß auf die Stände, die Ritterschaft folgt dir blind. Der König würde dir sehr dankbar sein, du könntest eine hohe Stellung im Staat einnehmen. —"

„Und mein Vaterland verraten!"

„Vernünftige Unterordnung ist kein Verrat."

„Aber eine Feigheit. Wir Schleswig-Holsteiner sind freie Deutsche, keine dänischen Knechte!"

„Ihr habt dem König Treue geschworen."

„Als unserem Herzog — ja. Bricht er aber sein Wort und erklärt Schleswig für eine dänische Provinz, so sind wir unseres Eides entbunden."

„Das ist Rebellion! Du läufst in dein Unglück! Nun, wie du willst — mein Sohn wird fest zu seinem Könige stehen."

„Weißt du das so gewiß?"

„Vielleicht lösen sich alle diese Verwicklungen noch friedlich auf", begütigte Sophie.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192110221-13/fragment/page=0002

Wo sitzen die Kartoffelschieber und Wucherer?

Von Lind, Mitglied des Reichstages.

In der Tagespresse wird vielfach die Frage der Preisbildung auf dem Winterkartoffelmarkt erörtert und dabei werden in einem Teil der Blätter, entsprechend ihrer gesamten Tendenz, lediglich die Landwirte und die sie vertretende Partei als die Kartoffelwucherer bezeichnet. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die jetzige Preisbildung auf dem Kartoffelmarkt dazu angetan ist, den Verbraucher zu beunruhigen; denn die Preise sind derartig sinnlos hoch, daß sie angesichts der übrigen zunehmenden Teuerung von den Verbrauchern nicht getragen werden können. Es muß aber doch erst festgestellt werden, wer die Kartoffelschieber- und -Wucherer in Wirklichkeit sind. Nach den bisherigen Gewohnheiten der gesamten Linkspresse und aller derjenigen, die von der Landwirtschaft nichts verstehen, war es immer das einfachste, bei dem Steigen der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse auf den Bauer zu schimpfen. Schon während der ganzen Zwangswirtschaftszeit hatte man sich so angewöhnt, wenn durch die Zwangswirtschaft und ihre Verteilungsstellen die landwirtschaftlichen Erzeugnisse erheblich verteuert in die Hand der Verbraucher kamen, immer nur den Landwirt dafür verantwortlich zu machen. Auf dem Kartoffelmarkt liegen nun die Verhältnisse folgendermaßen: Durch die langanhaltende Trockenheit ist die Entwicklung der Kartoffel erheblich beeinträchtigt worden. Trotzdem haben die Regenfälle im August noch eine Besserung im Wachstum zur Folge gehabt, so daß man in nördlichen Gebieten des Reiches mit einer guten Mittelernte, dagegen in den mittleren und südlichen Gebieten mit einer knappen Mittelernte durchschnittlich rechnen kann. Noch bevor ein endgültiges Ergebnis über die Kartoffelernte bekannt wurde, erschienen alle möglichen alarmierenden Berichte in der Tagespresse, die auf die große Not bezüglich der Versorgung mit Winterkartoffeln hinwiesen. Es war erklärlich, daß dadurch der Verbraucher beunruhigt und nervös gemacht wurde und daß ein Rennen nach Kartoffeln und ein freiwilliges Ueberbieten der Preise hervorgerufen wurde. Diese Entwicklung war den unsoliden Händlerkreisen willkommen; denn diese Leute machen durch eine derartig künstlich beunruhigte Konjunktur ihre Geschäfte und nutzen die Not und die Besorgnis der Verbraucher aus. Ein weiterer Umstand, der diese künstlich gesteigerten Kartoffelpreise hauptsächlich mit hervorgerufen hat, darf hierbei nicht vergessen werden. Es sind dies die Schiebungen im großen, die an den Grenzen der besetzten Gebiete gemacht werden. Unser trauriger Valutastand gibt diesen Schiebern hierzu noch die besonders günstige Gelegenheit, daß sie mit den in Deutschland aufgekauften Kartoffeln durch Verschieben über das besetzte Gebiet Preise erzielen, die ihnen täglich Hunderttausende an Schiebergewinn zufließen lassen. Diese Schiebergeschäfte werden aber verschleiert durch die Hetzarbeit des gesamten Linkspresse, die nur auf den Bauer schimpft und so das Augenmerk des Volkes von diesen Verbrechen ablenkt. Schon am 20. September habe ich an den Reichsernährungsminister ein Telegramm gesandt, in dem ich auf diese Schiebergeschäfte in unseren westlichen Gebieten hinwies und die schärfsten Maßnahmen verlangte. Ich blieb auf dieses Telegramm ohne Antwort, und noch heute können die Schieber im Westen ihr schändliches Treiben fortsetzen und das für den Winter so wichtige Nahrungsmittel, die Kartoffel, ins Ausland verschieben. Ist denn das Volk von dem Parteihader so blind und verblidet, daß es ganz unmöglich ist, durch die in der Presse erscheinenden Zahlen die Ursachen der künstlichen Steigerung des Marktes zu erkennen? Wenn beispielsweise die Kartoffeln notierten in Berlin 40 bis 50 Mark je Zentner Großhandelspreis, in Hannover 50 Mark, in Stettin 44 Mark, in Breslau 54 Mark, in Frankfurt a. M. 75 bis 80 Mark, so ist aus diesen Zahlen doch klar ersichtlich, daß die Schieber, die an der Grenze des westlichen besetzten Gebietes ihr Unwesen treiben, den Kartoffelmarkt durch Massenaufkäufe künstlich beunruhigen und die Preise derartig steigern, daß dem Verbraucher die Versorgung mit Winterkartoffeln direkt unmöglich gemacht wird. Wer den Schieber begünstigt, macht sich mitschuldig, wer den Schieber duldet, ist genau so schuldig, und wer eine Hetze entfacht gegen den Bauer, um die Sünden der Schieber zu verdecken, ist der größte Verbrecher am Volk.

H.Z. Sportberichte

Die Meisterschaftsspiele im Saalekreise

Durch die Expedition des Mitteldeutschen Verbandes nach Ungarn, an der einige hallische Spieler teilnahmen, fallen zwei wichtige Verbandsspiele aus, die dem Sonntage das Gepräge gegeben hätten. Das auf der allen Dingen von dem Spiele Wacker—Halle 96, welches sonst das Ereignis gewesen wäre. Auch die Begegnung zwischen Sportfreunden und Sportverein 98 hätte großes Interesse beansprucht. Von Halle 96 nehmen Förderer und Burghardt, und von Sportverein 98 Gäbelein an der Ungarnfahrt des M. V. V. teil. So finden nur 2 Spiele statt. In Halle stehen sich auf dem Sportplatz

Preußen und Sportvereinigung Weißenfels

gegenüber, zwei Mannschaften, die Punkte bitter nötig brauchen. Wenn die Hallenser dieselbe gute Form, wie am letzten Sonntag, aufweisen, dann sollte ihnen die Glücksgöttin winken. Es darf aber nicht übersehen werden, daß auch Weißenfels gegen unseren Meister Wacker gutes Können gezeigt hat und ihm beinahe einen Punkt abgenommen hätte. — In Naumburg spielen

Sportvereinigung 05 und Favorit.

Nach den bisherigen guten Leistungen der Naumburger ist an deren Sieg nicht zu zweifeln. Sie beenden damit ihre Herbstspiele und würden dann mit 8 Siegen, 5 unentschiedenen Spielen und nur einer Niederlage sich sehr ehrenvoll geschlagen haben. Ein Platz in der Spitzengruppe ist ihnen sicher.

— Die Radelmeisterschaften des kommenden Winters. Neben der Deutschen Radelmeisterschaft 1922, die im Februar im Oberharz zur Entscheidung kommen soll, sind jetzt auch die Termine für die Mehrzahl der Meisterschaften der einzelnen Unterverbände des Deutschen Radelbundes bekannt. So ist die Radelmeisterschaft von Thüringen auf den 15. Januar nach Ilmenau festgenommt, die Niederdeutsche Radelmeisterschaft wird am 8. Januar auf der Steinberg-Dodelbahn bei Goslar in Szene gehen, in Krummhübel wird sich die Ostdeutsche Radelmeisterschaft auf der dortigen Bahn abwickeln, während die Nordeutsche Radelmeisterschaft zu Weihnachten in Harzburg ausgetragen werden soll. Die Radelmeisterschaft des Riesen- und Erzgebirges wird diesmal wahrscheinlich das Isergebirge zum Schauplatz haben.

— Fastnacht- und Feierabend, die beiden Rivalen aus dem großen Preis von Karlshorst, können am 29. Oktober im Großen Preis vom Grunewald, einem mit 90 000 Mark ausgestatteten Jagdrennen über 5000 Meter, abermals aufeinandertreffen. In dem Ausgleichs-Jagdrennen sind ferner u. a. genannt: Bennewar, Ratte, Korbos, Fliegen, Bernstein, Schloßkönigin, Erich, Opanka, Elchen, Matteis, Malachit, Götterknabe, Wiedermann II, Orkus, Savoyard, Luftfahrt, Onix und die Oesterreicher Ehere velem, Ghörös und Obulus. — Im Großen Hürdenrennen zu Karlshorst über 4000 Meter am 23. Oktober blieben 19 Pferde stehen, unter diesen Widerstand, Radiola, Einhart, Fustanella, Harlekin, Sianabae, Fürst Popoff, Ritterspoorn, Opanka, Memento, Lauscherin, Hanswurst, Tarlatan und Wachtel.

— Sausewind erschossen. Der im Gestüt Weil gezogene Ard-Patrick-Sohn Sausewind, einer unserer besten Steher, brach das linke Hinterbein und mußte erschossen werden. Der Vierjährige gewann in diesem Jahre für seinen Besitzer H. Doheos fünf Rennen im Gesamtwerte von 103 580 Mk.

Halle und Umgebung

Halle, 22. Oktober.

Herbstregen

Zwei Tage lang hatte von Westen dunkles Gewölk gedroht. Um unsere sonnentrunkenen Herbsttage war das Grau des Novembers gezogen und hatte mit einem Schlage diese späte Freuen und fast unwirkliche Frühlingswehen im Herbst zu nüchtern-warmen Tagen ohne Gesicht gemacht. Um Mittag mal einen Sonnenstrahl, dann aber wieder graue Wolkenhüllen. Und die Farbenpracht an der Saale, der ewige Lichtschein über unseren Tagen, bekam ein mildes Aussehen und einen Schein von Traurigkeit.

Aber der Regen, um den wir diesen Sommer so gelebt haben, der blieb in den Wolken. Mißmutig und bedrückt lag die Welt noch soviel spätem Glanz. Und es war, als wenn sich die Sonne verhüllen wollte, vor all dem Leid, das über uns hereingebrochen ist! Die Herzen der Deutschen, die im Gebet noch ihres Vaterlandes denken, waren in diesen Tagen so trüb und voller Sorgen, wie die graue Wand am westlichen Abendhimmel. Eine jede Stunde fast brachte schlimmere Botschaft. Nebelgraues Schicksal vor uns in Sklavenketten, so dumpf und so warm wie diese Tage. Und noch immer drückt dieses Leid, und Frau Sorge, die uns nicht mehr verlassen will, hebt ihren Arm: Oberschlesien!

Nun rauscht am langen Abend, da hinter verhangenen Fenstern des Tages Arbeit sich in Ruhe wandelt, der Regen herab. Er mildt aus den Wolken, löst Sorgen auf und nimmt uns dieses drückende Gefühl der letzten Tage von den müden Schultern. Wir atmen hoch! Warum? Wir wissen das nicht, grau bleibt ja trotzdem alles vor uns. Heute wenigstens, morgen vielleicht. Aber darüber hinaus hat das Leben doch noch manchen Hoffnungsschimmer. Opfern für die, die hinter uns kommen! Denn die sind unser ganzes Sein, von dem wir Erfüllung unserer Wünsche erwarten:

Oh, so opfre auch du, meine Seele, dem
heiligen Herbste,
Schürfe die Schollen der Tiefe mit betenden
Händen voll Hoffnung
Aber zum brausenden Flug dann nach
Ufern ewiger Heimat
Schlittle die Schwingen! **Hansei.**

Bauarbeit an der Seele

Der Name Oppau ist in aller Munde. Ein geheimnisvoller Unglücksfall hat weitausgedehnte Fabrikanlagen, Arbeiterkolonien, ein ganzes großes Dorf in einen gewaltigen Trümmerhaufen verwandelt. Hunderte arbeitskräftiger Menschenleben wurden unter dem Schutt begraben, weitere Hunderte verwundet und verstümmelt aus den Trümmern hervorgezogen. Aber den zerstörenden Mächten sind sogleich Kräfte der Hilfe und des Aufbaues entgegengetreten. In Stadt und Land hat sich eine Notbaufe ohnegleichen einmütig zusammengeschart, um in fürsorgender Liebe die Verwundeten zu heilen, die Verstümmelten zu versorgen, den Witwen und Waisen ihre Ernährer nach Möglichkeit zu ersetzen. Und schon denkt man daran, die zerstörten Betriebe wieder in Gang zu bringen und die Wohnhäuser wieder aufzurichten, damit durch aufbauende Kräfte ein Neues aus den Trümmern erstehe.

Wenn doch auch andere Nöte, vor allem die großen Verwüstungen in unserem Volksleben so einmütige, so durchgreifende, so aufbauende Hilfe fänden! Das geschlechtliche Leben zum Beispiel gleicht in unseren Tagen einem großen Trümmerfeld. Wo sind die aufbauenden Kräfte? Dem Reichstag ist ein Jugendwohlfahrtsgesetz vorgelegt, man erhofft von ihm die Säuberung unserer Oeffentlichkeit von dem Schmutz und Schund, der sich in Buch und Bild schamlos breit macht — aber ob es die Jugend aus der schwülen Luft einer aufgepeitschten Sinnlichkeit befreien wird? Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hat jetzt auf der ganzen Linie eingesetzt — aber ob sie zu einer Gesundung des geschlechtlichen Lebens führen wird? Alle die Schäden, die man beklagt, haben doch im letzten Grunde nicht äußere Ursachen, darum kann man ihnen auch nicht mit äußeren Mitteln wirksam beikommen. Hier hilft allein Bauarbeit von innen heraus. Sie muß beginnen mit dem Kampf des Einzelnen um sittliche Reinheit im eigenen Leben und in seiner Umgebung. Und wo viele Einzelne sich zu diesem Kampfe zusammenschließen, da macht Einigkeit stark, da werden wahrhaft aufbauende Kräfte entbunden und Bausteine zusammengetragen zum Wiederaufbau unseres Volkes.

Solch ein Zusammenschluß ist der Deutsche Sittlichkeitsbund vom Weißen Kreuz (Geschäftsstelle in Nowawes, Bez. Potsdam). In den drei Jahrzehnten seines Wirkens hat er wachsenden Einfluß auf unser Volksleben gewonnen. Zu ihm gehören mehr als 10 000 Mitglieder, Männer und junge Männer aus allen Schichten unseres Volkes, die in 670 Ortsgruppen an der Arbeit sind. Aus ihrer Lebensgemeinschaft mit Jesus, dem reinen Gottessohn, fließen ihnen aufbauende Kräfte sittlicher Reinheit und Erneuerung zu, und dadurch können sie andern helfen, ihr zerbrochenes Leben wieder aufzubauen. In Halle besteht eine Ortsgruppe des Weiß-Kreuz-Bundes in der Geiststraße 29.

„Die Mode und das deutsche Frauenkleid"

Die wiedererwachende Ortsgruppe Halle des Vereins für deutsche Frauenkleidung und Frauenkultur konnte gestern einen seltenen Gast begrüßen. Frau Professor Dethleffsen-Königsberg, die Vorsitzende des Gesamtvereins, sprach über das obengenannte Thema, nachdem Frau Professor Wolff die Erschienenen begrüßt hatte. Die Rednerin des Abends erklärte zuerst in tiefschürfenden Ausführungen den Begriff Mode und seine tiefen Beziehungen zum Volkstum. Mode ist Wechsel, der sich aber drehen muß um das eigene unverrückbare Ich. Jedes Volk hat die Pflicht, den Wechsel selbst zu üben, der nur aus seinen inneren Beziehungen geboren werden kann. Volk und Heimat sind die Quellen aller Gestaltungskraft und nur wer mit starken Wurzeln darin fußt, hat heute ein Recht, mit aufbauen zu helfen. So schafft sich ein Volk Stileinheit. Nicht in den Händen eines einzelnen, sondern in der Menge entstehen solche großen Taten, wie wir sie in der Weltgeschichte oft erlebt haben. Aus den Urformen heraus entwickelt sich dann über das Volk eine Volkskunst. Irgend einmal ist ein Volk führend in der Mode gewesen, immer wenn es geistige Stoßkraft besaß, was später aber durch politische Vorherrschaft abgelöst wurde. Je mächtiger ein Volk war, desto mehr hatte es Wirkung auf die Gestaltung der Kleidung. Das Verlangen nach reichen Stoffen und reichem Schmuck möchte sich bemerkbar und man verlernte, daß das Kleid dazu da ist, die Linien zu schmücken und die Seele des Menschen ausdrücken zu helfen, sondern man behängte sich mit überflüssigem Tand, ohne auf die Eigenart des Menschen einzugehen. So kam es, daß man schon im Mittelalter Ausschreitungen gegen die Kleidersitte bestrafte und dieses Gegen-die-Mode-Kämpfen hat sich mit der fortschreitenden geistigen Einsicht verschärft. Heute ist es vielen Frauen eine Selbstverständlichkeit, sich nicht so zu kleiden, wie es die „Mode" vorschreibt, deren Gestaltung aus der Hand des Volkes in die Hände einiger weniger „Firmen" geglitten ist, die aus der Notwendigkeit ein Geschäft gemacht haben. Wir sind heute, Gott sei Dank, schon wieder so weit, den Körper als Ornamentform zu fassen. Auf der anderen Seite aber hat die Verflachung weitere Fortschritte gemacht. Die Vorläufschung echten Materials ist durch die Mechanisierung des Stoffes leider sehr verbreitet, wozu die Maschine durch die Typisierung stark beigetragen hat. Die Masse wird mit den Erzeugnissen der Fabriken überschwemmt. Langsam wächst die Sehnsucht nach der Wertarbeit und man huldigt wieder dem Grundsatz, daß die Kleidung dazu da ist, dem Körper zu dienen. Zwar ist diese Bewegung noch immer auf der Suche nach der richtigen Form. Ueber das Reformkleid kam man über das modelose Kleid zum künstlerischen Eigenkleid, man versuchte die Volkstracht wieder zu beleben, hat viel gelernt. Vor allem das: auf den Urgrund der Dinge wieder zurückzugehen und aus Material, Form und Stoff das zu bilden, was der Seele des Körpers entspricht. Wir leben in einem gesegneten Zwang, der uns vielleicht zu einer einheitlichen Ausdrucksform bringen wird.

An den Vortrag schloß sich eine lebhafte Aussprache, aus der heraus die „Richtungen" zu spüren waren. Entweder weichliches Kompromiß oder eine Absage an den falschen Schein und Neuaufbau einer harmonischen Kleidkultur. Das soll nun nicht heißen, daß man sich außerhalb jeder herrschenden Richtung stellt. Sie wird immer etwas haben, was auch unseren Zielen dienen kann. Nur muß das dann in unserem Sinne verwertet werden. Ehrlichkeit soll dabei auch der Leitstern sein. Die Vorsitzende schloß den anregend verlaufenen Abend mit dem Hinweis, daß die Hallesche Ortsgruppe eng mit der Jugend zusammenarbeiten will und außerdem am 29. und 30. Oktober eine Ausstellung neuer Frauenkleidung plant.

— Aus dem Stadtverordnetensaal. Der unabhängige Stadtverordnete Gelhaar hat sein Mandat als Stadtverordneter und Stadtrat niedergelegt.

— Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1920. Die christlichen Gewerkschaften zählten nach dem soeben vom Gesamtverband herausgegebenen Jahresbericht Ende 1920 1 105 894 Mitglieder, eine Steigerung von 105 124 gegen das Vorjahr. Die weitaus größte Zunahme verzeichnete der Landarbeiterverband mit 33 354; ihm folgen die Eisenbahner mit 28 229, dann kommen die Metallarbeiter mit 27 953 und die Textilarbeiter mit 25 496 Mitgliedern. Die Gesamteinnahmen der christlichen Gewerkschaften betrugen im Jahre 1920 84 515 200 M., ein Mehr gegenüber dem Vorjahre von 59 200 426 M. Die Gesamtausgaben betrugen 63 413 688 M., gegenüber dem Vorjahre mehr 44 806 373 M. Der Vermögensbestand erhöhte sich gegenüber dem Vorjahre von 20 161 629 M. auf 42 413 950 M., also eine Vergrößerung von 22 252 321 M.

— Volkshochschule. Für die Vorträge: 1. Einführung in die Kunstgeschichte (mit Lichtbilder, Montags), 2. Deutsche Geschichte von 1871 bis 1914 (Freitags), 3. Haus- und Gesellschaftsmusik unter Mitwirkung des Colleg. music. (Donnerstags), 4. Die ansteckenden Krankheiten und ihre Bekämpfung (mit Lichtbildern, Montags). 5. Für die Arbeitsgemeinschaft: Ibsen (Montags) sind noch einige Karten im Schulbüro, Gr. Märkerstr. 10, zu haben.

— Direktor Scholvien †. Mit dem Werden der Aktien-Malzfabrik A.-G., Landsberg bei Halle, ist der Name Scholvien eng verknüpft. Dreiundvierzig Jahre ist er in der Firma tätig gewesen, davon 18 in führender Stellung. Am 20. Oktober hat Herr Direktor Scholvien, Mitglied des Vorstandes der Gesellschaft, das Zeitliche nach schwerem Leiden gesegnet. Seine Arbeitskraft und sein rastloses Streben wird nie vergessen sein.

Vereins-Nachrichten

— Hallescher Schwimmverein von 1902 (e. V.). Die Jugendmitglieder, die sich zu dem Ausflug nach der Rudelsburg gemeldet haben, treffen sich Sonntag früh, pünktlich 7 Uhr, Hauptbahnhof. Rückkehr gegen 10 Uhr abends. Fahrkosten 2,50 Mk.

Kirchliche Nachrichten

für den 22. Sonntag nach Trinitatis, den 23. Oktober 1921.

(Sammlung für die Diakonissenanstalt in Posen.)

Abkürzungen: Abendmahl = (A), Kindergottesdienst = (K), Bibelstunde = (B).

U. L. Frauen: 10 Bauke, 11¾ (K) Fritze (Kirche), 11¾ (K) Knoblauch (Ref.-Realgymn.), abds. 5 Festgottesd. z. Jahresf. d. Ev. Stadtmiff. Moehr, Mittwoch abds. 8 (B) Fritze, Un d. Marienkirche 1. Donnerstag abds. 8½ Uhr Wochenandacht Koepp, Sophienstraße 6/8. — **St. Ulrich:** 10 Schütz, 11½ Franke (K) Martinsschule Schütz, abds. 6 Heinke. — **St. Ulrich-Cst:** 10 Krondorfer Straße 6a Oberpf. Thiede, 11½ (K) Thiede. — **Moritz:** 8 Voigt (A), 10 Keller, 11½ (K) Keller (Salamischule), 11½ (K) Voigt (Kirche). — **Hospital:** 10 Keller. — **Domkirche:** ref. Gem. 10 Einführungsf. Gen.-Sup. D. Schöttler: Sup. Lang, Domprd. Gabriel, 11¾ (K) Baumann, abds. 6 Bluhm, Freitag 8 Baumann. — **Laurentius:** 10 Wagner (A), 2 (K) Wagner, abds. 5 Förster, Dienstag abds. 8 (B) Gem.-H. Wagner. — **Stephanus:** 10 Meinhof, 11½ (K) Hagemeyer, 5 Wagner, Mittw. 3 Miff.-Nähver. Gem.-H., Donnerst. 8 Zeitandacht Gem.-H. Meinhof, Freitag 8 Frauenhilfe Gem.-H. Hagemeyer. — **Diakonissenhaus:** 10 Knak. — **Paulus:** 10 b. Broecker (A), Thema: „Die biblisch-religiöse Grundlage unseres Glaubens". 5 Bach Abendmalsgottesdienst, 11½ (K) Haberland, 2 (K) b. Broecker, 4½ Hammagemeinsch. Haberland, Dienstag abds. 8 Chorstift. Bach. — **St. Georgen:** 10 Gifeke, 5 Bahldieck, 11¾ (K) Witte, 11½ (K) Hellmann, 2 Gifeke, Montag abds. 8 (B) Witte, Donnerstag 8 Besprechungsabend: „Wie stelle ich mich zu Jesus?" Bahldieck. — **Riebeck-Stift:** 10 Storck. — **Johannes:** 10 Buß (A), 11½ (K) Fischer, 12¾ (K) Buß, 2 (K) Faßmer, 6 Mantey, Lauchstedter Straße 28 10 vorm. Mantey. — **Ev.-luth. Gemeinde,** Weidenplan 4: 10 G. — **Stadtmission:** Sonnt. nachm. 5 Festgottesd. i. d. Marktkirche Moehr, abds. 8 Festversammlung Moehr, Dienstag abds. 8¼ Gemeinsch.-St. Flottwellstr. 29. — **Giebichenstein-Bartholomäus:** 10 Hellwig, 11¾ (K) Wind, 6 Baenisch, Freitag abds. 8 (B) Hellwig Pestalozzistr. 4. — **Cröllwitz-Petrus:** 10 Baenisch, 11¾ (K), Kuntz. — **Trotha:** 10 Jenrich, 11¾ (K) Jenrich. — **Diemitz:** 9½ Petzold, 10½ (K).

Christl. Gemeinschaft u. d. Landeskirche Margareenstr. 5. Sonntag 11 u. 8½ Evangelisation. Donnerstag 8½ B.

Nimmendorf: 10 Uhr u. Stein.

Büschdorf: 9 Uhr Krüger.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192110221-13/fragment/page=0003

Aus Mitteldeutschland

Gedenktage für die Provinz Sachsen, für Anhalt und Thüringen

vom 23. bis 29. Oktober.

23. Oktober 1825 * Pulsnitz in der sächs. Oberlausitz Wirkl. Geheimer Rat Exzellenz Dr. phil. Julius Kühn, 1862—1910 o. Prof. d. Landwirtschaft a. d. Univ. Halle und Direktor des von ihm gegründeten Landwirtschaftlichen Instituts der Univ. († 14. 4. 1910 Halle). — **1842** † Halle Dr. Wilhelm Gesenius, 1811—42 o. Prof. d. altestamentl. Theologie a. d. Univ. Halle, berühmter Semitist († 3. 2. 1786 Nordhausen; Geseniusstraße in Halle. — **1845** * Landeshut in Schlesien, Geh. Reg.-Rat D. theol. h. c., Dr. phil. Wilhelm Fries, 1892—1921 Direktor d. Frankeschen Stiftungen in Halle, seit 1897 zugleich o. Honorarprof. für Pädagogik a. d. Univ. — **1860** * Neukirchen, Kreis Merseburg Paul Bernstein, evangel. Pfarrer in Siersleben, Mansfelder Seekreis, auch Dichter.

24. Oktober 1841 * Domäne Fischhausen in Ostpreußen Geh. Med.-Rat Dr. med. Arthur v. Hippel, 1901—1916 o. Prof. d. Augenheilkunde a. d. Univ. Göttingen, 1892—1901 o. Prof. in Halle († 26. 10. 1916 Göttingen). — **1892** † Halle Robert Franz, namhafter Liederkomponist († 28. 6. 1815 Halle).

25. Oktober 1842 * Calbe a. d. Saale Geh. Reg.-Rat Dr. phil. Maximilian Maercker, 1871—1901 Leiter d. Landwirtschaftlichen Versuchsstation, seit 1872 gleichzeitig a. o. und o. Prof. der Agrikulturchemie u. der physiolog. Chemie a. d. Univ. Halle († 10. 10. 1901 Gießen). — **1850** * Schloß Tenneberg Prof. Dr. phil. Ernst Regel, Studienrat a. d. Oberrealschule d. Frankeschen Stiftungen in Halle. — **1858** * Hoyerswerda bei Dresden Prof. Dr. phil. Max Hollrung, Lektor f. Pflanzenkrankheiten, einschließlich d. landwirtschaftl. Insektenkunde und d. speziellen Pflanzenschutzes a. d. Univ. Halle. — **1907** † Halle Dr. phil. Heinrich Walter, 1905—07 a. o. Prof. f. landwirtschaftl. Maschinenkunde a. d. Univ. Halle († 12. 6. 1864 Füssen in Bayern).

26. Oktober 1881 * Breslau Prof. Dr. phil. Ernst Prings-heim, Privatdozent f. Botanik a. d. Univ. Berlin, 1909—20 a. d. Univ. Halle. — **1891** habilitierte sich in Halle Geh. Reg.-Rat Dr. phil. Karl Voretzsch, o. Prof. d. romanischen Philol. a. d. Univ. Halle († 17. 4. 1867 Altenburg, Sa.-A.). — **1916** † Göttingen Prof Dr. med. Arthur v. Hippel, siehe unter 24. 10. 41.

27. Oktober 1854 * Meiningen Dr. phil. Leopold Ambronn, o. Honorarprof. f. Astronomie a. d. Univ. Göttingen. — **1866** * Altenstadt bei Lützen Dr. phil. Franz Saran, o. Prof. d. deutschen Sprache u. Literatur a. d. Univ. Erlangen, 1896—1918 Privatdozent und a. o. Prof. in Halle.

28. Oktober 1916 starb den Heldentod Fliegerhauptmann Oswald Boelcke († 19. 5. 1891 Halle).

29. Oktober 1870 * Halle Dr. phil. Fritz Knapp, o. Prof. d. neueren Kunstgeschichte a. d. Univ. Würzburg. — **1872** * Friedrichswerth Dr. phil. Hermann Haack, Kartograph in Justus Perthes' Geograph. Anstalt in Gotha.

Der „Kartoffelwucher"

In der Tagespresse hat sich in den letzten Wochen eine gewisse Erregtheit bemerkbar gemacht, die dahin hinausläuft, daß die Landwirte ihre Kartoffeln in der Absicht zurückbehalten, um im Frühjahr Wucherpreise dafür zu erzielen. Bedauerlich ist es zweifellos, daß das Heranschaffen der Winterkartoffeln in diesem Jahre so auf sich warten läßt. Daß es aber noch einsichtsvolle Landwirte gibt, die schnell und preiswert liefern, muß mit Genugtuung festgestellt werden. So haben z. B. Landwirte von Remsdorf und Gohritz, unter Führung des Gutsbesitzers Emil Schnicke, Remsdorf, ihre verfügbaren Kartoffelbestände einem Teil der hallenschen Postbeamtenschaft zur Verfügung gestellt. Es braucht nicht weiter ausgeführt zu werden, welche Freude diese preiswerte Kartoffellieferung unter den beteiligten Beamten ausgelöst hat.

Magdeburg gegen den Raub Oberschlesiens

Magdeburg, 21. Oktober.

In der Stadtverordnetensitzung verlas Bürgermeister Paul vor Eintritt in die Tagesordnung folgendes Telegramm:

„Die städtischen Körperschaften zu Magdeburg, als der Hauptstadt der Provinz Sachsen, deren industrielle Arbeit und Verkehrsbeziehungen auf das engste mit den oberschlesischen Landen verbunden sind, erklären mit Nachdruck:

Der Beschluß des Völkerbundrates über Oberschlesiens Teilung widerspricht dem Abstimmungsergebnis und verstößt durch Verletzung des Versailler Vertrages gegen Treu und Glauben unter den Völkern.

Der Beschluß zerstört die Wirtschaft Deutschlands, vernichtet dessen Kaufkraft auf dem Weltmarkte und erschüttert damit die wirtschaftliche Grundlage der anderen europäischen Staaten.

Der Beschluß schafft neuen Streitstoff zwischen den Völkern und verhindert, daß die Deutschland und seinen Nachbarn so nötige Ruhe eintreten kann.

Gelangt der Beschluß zur Durchführung, so steht zu befürchten, daß dem deutschen Volke die Erfüllung der Reparationsforderungen in Waren oder in Geld unmöglich gemacht wird.

Wir erwarten daher von der Reichsregierung, daß sie nichts unversucht läßt, um das drohende Unheil von Oberschlesien und dem gesamten deutschen Volke abzuwenden."

Nach kurzen zustimmenden Aeußerungen des Stadtverordnetenvorstehers Baer, der erklärte, daß diese Anschauung mit der Ansicht jeder Partei zu vereinbaren sei, wurde die Absendung des Telegramms an die Reichsregierung einstimmig beschlossen.

Um den Eisenacher Bismarckturm

—ö— Eisenach, 21. Oktober.

Der auf städtischem Grund und Boden, auf dem historischen Wartenberg stehenden Bismarckturm, eines der Wahrzeichen der Wartburgstadt, ist baufällig geworden und bedarf einer gründlichen Ausbesserung. Der Gemeindevorstand beantragte für diese Zwecke vom Gemeinderat 10 000 Mk. Die Körperschaft befaßte sich in ihrer letzten Sitzung erneut mit dieser Angelegenheit. Von der gesamten Linken wurde der Antrag, der eine politische Weltanschauungssache betröte, scharf bekämpft und seine glatte Ablehnung gefordert. Wer in der heutigen Zeit sozialer Not „ein solch steinernes Götzenbild aus einer verflossenen Epoche" erhalten wissen wolle, möge in seine eigene Tasche greifen. Der weitverzweigte Bismarckverein möge die Restaurierung in die Hand nehmen und für die Kosten aufkommen. In namentlicher Abstimmung wurden die vom Gemeindevorstand geforderten 10 000 Mk. mit 7 gegen 30 Stimmen abgelehnt. Dasselbe Schicksal widerfuhr einem Vermittlungsvorschlag von demokratischer Seite, nach welchem die Stadt und der Bismarckverein je 5000 Mk. der Bausumme übernehmen sollten. Dieser Antrag verfiel mit 14 gegen 23 Stimmen der Ablehnung.

Stundenlange, zum Teil recht temperamentvoll geführte, stürmische Debatten mit starken persönlich beleidigenden Ausfällen knüpften sich an die zu Anfang der Sitzung vorgenommene Wahl des Gemeinderatsvorsitzenden anstelle des von Eisenach verzogenen Redakteurs Doch (Demokratische Volkspartei). Aus der Wahl ging mit 21 gegen 14 Stimmen, welche auf den unabhängigen Gastwirt Becker fielen, der Eisenacher Stadtrat Lütsch (Deutsche Volkspartei) hervor. Die gesamte Linke bezeichnete dies Ergebnis als einen abgemachten Kuhhandel und als eine Schiebung, monierte, daß sie in keinem Ausschuß einen Vorsitzenden hätte stellen können und daß ihr wiederholt Referate aus parteitaktischen Gründen zugewiesen worden seien zu dem Zweck, daß sie sich bei ihren Parteizugehörigen mißliebig machten. Sie wurden von verschiedenen Seiten von der Grundlosigkeit ihrer Anschauungen überführt, gaben aber die Erklärung ab, daß sie für die Zukunft die praktische Mitarbeit in den Ausschüssen durch Zuweisung von Referaten verweigerten.

— **Torgau**, 21. Oktober. (Im ersten Konzert des Musikvereins) gelangte außer der zum ersten Male hier gespielten Achten Sinfonie von Beethoven auch die sinfonische Dichtung „Pieta", des vergangenes Jahr im hiesigen Krankenhause verstorbenen Hamburger Komponisten Carl Gleitz zur Aufführung. Dank ihrer schönen plastischen Motive, klaren Gliederung, mächtigen Höhepunkten und wundervollen Instrumentation hinterließ, sie tiefe Eindrücke. Die Wiedergabe besorgte das Leipziger Grotrian-Steinweg-Orchester unter der Leitung des Professors O. Schröder vortrefflich.

— **Nordhausen**, 21. Okt. (Mehr als 90 000 Mark erschwindelte) der frühere Bauunternehmer Walter Mertel aus Falkenberg, Bez. Halle, in den Monaten Juni bis September v. J. Er verkaufte an Firmen, mit denen er auf Grund von Anzeigen in Fachzeitschriften in Verbindung trat, waggonweise Baumaterialien, deren Lieferung er von der Stellung von Akkreditiven abhängig machte. Gingen solche ein, so hob er den Betrag ab, und die Besteller warten noch heute auf Lieferung. Mertel verlegte in dieser Zeit auch zweimal seinen Wohnsitz nach Nordhausen und Leipzig. Nun will er an allem schuldlos sein und schiebt alles einem nicht auffindbaren Regierungsbaumeister Schilling in Berlin in die Schuhe. Er fand damit jedoch bei den Geschworenen keinen Glauben, die alle Schuldfragen bejahten. Das Urteil lautete auf 8 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust.

z. **Vom Eichsfelde**, 21. Oktober. (Wassernot.) Ueber die zunehmende Trockenheit infolge Wassernot wird auf dem Obereichsfelde sehr geklagt. Die Flinsberger holen seit Monaten ihr Wasser per Achse aus dem Grunde bei Ascherode, die Bewohner von Kalteneber fahren nach Lutter. In vielen Orten verlagt die Wasserleitung. Immer mehr Quellen versiegen. Selbst in Heiligenstadt, daß bisher keinen Wassermangel kannte, beginnt der Zufluß empfindlich zurückzugehen.

— **Mittweida**, 21. Oktober. („Vor dem Ruin"). Die Stadtverordneten bewilligten den städtischen Beamten und Angestellten neue Ausgleichszehlflen und Kinderzulagen. Dadurch entstehen der Stadt 507 000 Mark ungedeckte Ausgaben. Im laufenden Haushaltsplan ist noch in ungedecktes Defizit von 450 000 Mark vorhanden. Dadurch, daß der Staat vom nächsten Jahre ab nur zwei Drittel der Schullasten trägt, erwachsen der Stadt weitere 500 000 Mark Ausgaben. Insgesamt beläuft sich dann der Fehlbetrag auf über 1¼ Millionen Mark, wofür keine Deckung vorhanden ist. Der Bürgermeister erklärte, daß die Stadt vor dem Ruin stehe, wenn ihr das Reich nicht schnellstens zu neuen Einnahmen verhelfe.

— **Dresden**, 21. Oktober. (Den Prinzipal erschossen.) Der Dresdner Schuhfabrikant Hampel ist am Donnerstag nachmittag von dem Arbeiter Schubert, der bei ihm in Kohn und Brot stand, erschossen worden. Nach Begehung der Tat unternahm Schubert einen Selbstmordversuch. Er wurde ins Krankenhaus eingeliefert.

Volkswirtschaftlicher Teil

Ein großzügiges Verkehrsprojekt

dd. Stadtverwaltung und Handelskammer Köln hatten zu Dienstag abend eine zahlreiche Hörerschaft in die Universität eingeladen, wo Diplomingenieur Dr. Laswitz auf Veranlassung des Gründungsausschusses des Donau-Main-Strom-Verbandes Aufklärung über den Plan dieser Schiffahrtsstraße gab. Main—Main—Donau ist, wie Dr. Laswitz ausführte, kein Schlagwort der Zeit, sondern die große wirtschaftliche Aufgabe, die uns gestellt ist. Ein Blick auf die neue Karte von Europa beweist dies am besten, da der Main—Donau-Kanal die Verbindung zwischen den wichtigsten Strömen Europas bilden soll. Es kann mit einem Anfangsverkehr von 4,5 Millionen Tonnen gerechnet werden. Entsprechend groß ist das Einflußgebiet des Kanals. Wichtig und noch wenig beachtet ist ferner die wirtschaftliche Spannung zwischen den rein industriellen Gebieten des Nordens und den rein landwirtschaftlichen Ländern des Südens. Für die große Bedeutung des Kanals ist maßgebend, daß er eine Groß-Schiffahrtsstraße sein soll. Deshalb soll das Rheinschiff mit 15 000 Tonnen auf ihm verkehren können. Die Gesamtlänge des Kanals ist 607 Kilometer mit 49 Schleusen. Die Wasserversorgung erfolgt durch den Redzsubringer. Der Verkehr auf der Schiffahrtsstraße ist abhängig von den in Frage kommenden Massengüter-n. Wichtig sind ferner die wirtschaftlichen Zustände in den Donaudonauländern Deutsch-Oesterreich, Tschecho-Slowakei, Ungarn, Südslawien, Bulgarien und Rumänien. Die sich aus den Entfernungen ergebenden Frachtersparnisse belaufen sich auf 10 Millionen Tonnen, zusammen mit dem aus den Wasserkräften gewonnenen Nutzen. Der Kanal stellt einen kapitalisierten, volkswirtschaftlichen Nutzen von 6 Milliarden Mark dar. Die Finanzierung soll durch ein gemischtwirtschaftliches Unternehmen in Form einer Aktiengesellschaft auf breiter Grundlage erfolgen, an dem das Reich und die Staaten, Bayern, Hessen, Baden ebenso beteiligt sind, wie die Städte, die Gemeinden, die Industrie, Verkehrsgesellschaften und das Privatkapital.

Aktiengesellschaften

w. **Rheinische Stahlwerke.** In der Aufsichtsratssitzung der Rheinischen Stahlwerke wurde vom Vorstand der Abschluß für das Geschäftsjahr 1920/21, der mit einem Brutto-Gewinn von 61 Millionen Mark abschließt, vorgelegt. Nach Zuweisung von 10 Millionen Mark an den neuen Verfügungsbestand, von 20 Millionen Mark zum Entwertungs- und Erneuerungsbestand und von rund 11 Millionen Mark an weitere Rücklagekonten ergibt sich ein Reingewinn von rund 20 Millionen Mark, aus dem 20 Prozent Dividende auf die alten und 10 Prozent auf die jungen Aktien verteilt werden sollen. Die Verwaltung beschloß, der Versammlung eine Erhöhung des Aktienkapitals um 40 Millionen Mark unter Ausschluß des Bezugsrechts der Aktionäre vorzuschlagen.

Industrie, Handel, Handwerk

? **Beilegung des Thüringer Metallarbeiterstreiks.** (Eigene Drahtmeldung.) Auf Grund der Vermittlung des Thüringischen Wirtschaftsministeriums ist der Metallarbeiterstreik beendet. Den Streikenden wurde ein Stundenzuschlag von 40—75 Pfg., und vom 1. Dezember ab in Höhe von 30—60 Pfg. zugestanden.

TU. **Teilstreik im Oelsnitzer Kohlenrevier.** Infolge des in Belegschaftsversammlungen gefaßten Beschlusses, mit nichtorganisierten Bergleuten nicht mehr zusammenzuarbeiten, ist am Montag auf verschiedenen Gruben des Oelsnitzer Kohlenreviers ein Streik ausgebrochen.

TU. **Ein neuer Werftarbeiterstreik in Hamburg.** Die Werftarbeiter Hamburgs sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Eine Anzahl Werftarbeiter haben bereits, trotz Abratens der Führer, die Arbeit niedergelegt. Eine weitere Ausdehnung des Streiks wird befürchtet.

TU. **Lohnbewegung der Hamburger Hafenarbeiter.** In der Urabstimmung über den am 12. Oktober in der Lohnbewegung der Hafenarbeiter gefällten Schiedsspruch wurden 3223 Stimmen für die Annahme abgegeben, während 130 Stimmen den Spruch ablehnten, und 88 Stimmen ungültig waren. Dadurch haben die Hamburger Hafenarbeiter für Annahme des Schiedsspruches ihre Stimme abgegeben.

DD. **Erschwerung des Handels mit Kanada.** Die Handelskammer zu Berlin weist die beteiligten Kreise auf folgende Erschwernisse im Handel mit Kanada hin: 1. Bei der Festsetzung des Warenwertes für Zwecke der Zollberechnung wird die Umrechnung von Mark in Dollar zu mindestens 50 Prozent des Friedenskurses vorgenommen. 2. Erhebung einer Umsatzsteuer in Höhe von 2,5—4 Prozent vom Werte der eingeführten Waren. 3. Sämtliche Waren haben den Namen des Ursprungslandes zu tragen (in Kraft seit ab 1. Januar 1922). Nähere Einzelheiten über vorstehende Neuerungen sind im Verkehrsbüro der Handelskammer zu Berlin C 2, Klosterstraße 41, zu erfahren.

TU. **Gegen den Kartoffelwucher.** Das thüringische Wirtschaftsministerium erließ Zwangsmaßnahmen gegen den Kartoffelwucher und setzte für die Erzeuger einen Richtpreis von fünfzig Mark fest.

DD. **Französischer Geschäftsneid.** Das „Journal des Debats" meldet aus Rom: Die deutsche Einfuhr nach Italien werde in Zukunft die französische vollständig verdrängen, wenn kein grundsätzlicher Wandel eintrete. Deutsche Industrielle tragen sich mit dem Gedanken, die italienischen Metallwerke ganz aufzukaufen. Stinnes habe eins der größten schon in seiner Hand. Es sei Zeit, daß Handel und Industrie sich auffraffen, der Gefahr gänzlicher Isolierung zu steuern. Mit schönen Reden sei es nicht getan. Der französische Markt müsse flüssiger arbeiten, langfristige Kredite gewähren und sich die deutsche Methodik zum Vorbild nehmen. Bei gleicher Methode werden die Italiener die französischen Waren sicher vorziehen.

TU. **Fahrpreiserhöhung bei den staatlichen Kraftwagenlinien.** Infolge der außerordentlichen Erhöhung der Selbstkosten des staatlichen Kraftwagenbetriebes hat sich die Eisenbahndirektion als sächsische Kraftwagenverwaltung genötigt gesehen, ab 20. Oktober auf allen Linien die Personenfahrpreise auf 70 Pfg. und die Gepäckfracht auf 20 Pfg. für einen Tarifkilometer zu erhöhen. Angenommen sind nur einige Linien, die erst in neuerer Zeit eröffnet wurden.

Geldmarkt und Banken

Die Firmen Mendelssohn u. Co. in Berlin, Mendelssohn u. Co. in Amsterdam und Kleinwort, Sons u. Co. in London geben bekannt, daß sie übereingekommen sind, in nächster Zeit von ihnen gemeinsam zu kommanditierendes Bankgeschäft in Wien zu errichten. Die Einzelheiten der Gründung werden noch veröffentlicht werden.

* **Neuwahl & Co., Kommanditgeschäft, Frankfurt a. Main.** Die neugegründete Gesellschaft betreibt alle bankmäßigen Geschäfte. Persönlich haftende Gesellschafter sind Hugo Neuwahl, Frankfurt a. M., und Emil G. Hirschmann, Hanau a. Main.

* **Unentgeltliche Lieferung der Formulare für eingehaltene Steuerbeträge.** Der Hansa-Bund schreibt uns: Ein Finanzamt forderte für die von einer Firma bei ihm eingeforderten Formulare für die Steuernachweisung Bezahlung, die jedoch von der Firma abgelehnt wurde, weil diese nicht gewillt war, außer der eigentlich dem Staate obliegenden Arbeit der Steuererhebung auch noch die dazu erforderlichen Nachweisungsformulare zu kaufen. Das vom Hansa-Bund in dieser Prinzipienfrage angerufene Reichsfinanzministerium setzte sich mit dem betr. Landesfinanzamt in Verbindung, das auf Grund des eingesandten Materials die Forderung des Finanzamts für nicht zutreffend bezeichnete. Das Schreiben lautet wörtlich: „Die von der Finanzkasse N. der Firma N. in N. gegenüber vertretene Ansicht, daß die Firma die Formulare für die einbehaltenen Steuerbeträge auf eigene Kosten zu beschaffen hätte, ist nicht zutreffend. Die Vordrucke werden den Finanzämtern von hier geliefert; die Kosten trägt das Reich. (Erlaß des Herrn Reichsministers der Finanzen vom 15. Juni 1920. — III. 14 268 —). J. V.: gez. Unterschrift.

Börsenberichte

Von der Börse. Nach endgültiger Mitteilung des Börsenvorstandes werden entgegen der vorhergegangenen Meldung in der nächsten Woche am Montag und Freitag Vollbörsen, und am Mittwoch Halbbörse abgehalten.

Produktenbericht. Berlin, 21. Oktober. Wegen der anhaltenden Schwankungen am Devisenmarkte machte sich am Produktenmarkte große Zurückhaltung der Kaufluft für Brotgetreide bemerkbar. In der Preisbewegung hierfür spiegelten die Devisenschwankungen sich ziemlich deutlich wieder. Für Mais, Roggen und Weizen wurde aber nach vorheriger stärkerer Abschwächung die Tendenz wieder fest, wobei für Roggen Käufe für Umlagezwecke, und bei Weizen der befriedigende Absatz im Mehlgeschäft eine Rolle spielten. Für Gerste und Hafer, und besonders für dies vom letzteren, macht sich die Knappheit an Ware in der Preisbewegung unvermindert geltend. Für die übrigen Artikel hat sich nichts von Bedeutung geändert.

Berliner Produktenmarktpreise.

Berlin, 21. Oktober.

Nichtamtliche Rauhfutter-Notierungen:
Weizen- und Roggenstroh drahtgepreßt 27—29.
Haferstroh drahtgepreßt 29—32. Stroh seilgebündelt 23—26.
Langstroh seilgebündelt 25—27.
Wiesenheu, gut, gesund und trocken, 75—80, gut, gesund und trocken (Nachmahd) 70—73, gesund und trocken, 60—65, Kleeheu 90—105, alles ab Stationen.

Berliner Metallnotierungen.

Berlin, 21. Okt. Preise für 100 kg in Mark.

Raffinade-Kupfer 99—99,3%	4425/4450	Zinn (Banca-Straits-Australi)	
		10000/10200	
Orig.-Hütt.-Weichblei	1500/1525	Hüttenzn.(mind.99%)	8500/8
Orig.-Hütten-Rohzink im freien Verkehr	1725/1775	Reinnickel (98-99%)	
Remelted-Platt.-Zink	1425/1450	Antimon (Regulus)	
Orig.-Hütten-Aluminiu. 98-99% (in gekerbten Blöckchen)	6400/6500	Silber in Barren, ca 900 fein für 1 kg	
		Elektrolytkupfer p. 100 kg	
Orig.-Hütten-Alumin. (in Walzdraht od. Drahtbarren)	6600/6700	Original-Hütten-Rohzink ab oberschl. Hütte	
		Preis des Zinkhüttenverbandes	

Devisen-Notierungen

Berlin, 21. Oktober.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amsterd.-Rottd.	5204,75	5215,25	Paris	1137,85	1140
Brüss.-Antwerp.	1119,35	1121,65	Schweiz	—,—	
Christiania	1978,—	1982,—	Spanien	—,—	
Kopenhagen	2947,05	2953,95	Wien (altes)	—,—	
Stockholm	3596,40	3603,60	Oesterr.abgest.	9,18	
Helsingfors	239,75	240,25	Prag	162,30	162
Italien	615,35	616,65	Budapest	21,47	21
London	612,85	614,15	Poln. Mark	4,50	4
New-York	155,34	155,66	Buenos Aires	49,85	49

Hauptschriftleiter Helmut Bötcher;
Verantwortlich für Politik: Helmut Bötcher; für politische Nachrichten: Ernst Messerschmidt; den volkswirtschaftlichen Teil: Hermann Fuhr; für Kommunalpolitik, lokale Nachrichten und Sport: Hans Geitling; für die Rubriken Kunst, Wissenschaft und Unterhaltung, sowie den übrigen unpolitischen Teil: [illegible]; Seitlheim. — Für den Anzeigenteil: Paul Kersten, sämtlich in Halle a. S. Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Hallschen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192110221-13/fragment/page=0004